Summary

9. März 2017



Podiumsdiskussion



DiskutantInnen:

Clemens Binder, oiip
Vedran Dzihic, oiip
Daniela Pisoiu, oiip
Gabriella Sanchez, University of Texas at El Paso

Moderation:

Cengiz Günay, oiip

Veranstaltungsort:

oiip, Berggasse 7, 1090 Wien

Zusammenfassung

Die Veranstaltung, die zum Anlass der Präsentation des Jahrbuches des oiip – Add On stattfand, setzte sich mit der Bedeutung von Grenzen aus verschiedenen Perspektiven auseinander. Es wurde konstatiert, dass Grenzen nicht nur geographische Demarkationslinien darstellen, sondern auch identitätsstiftend sind. Es geht meist darum sich vom konstruierten "Anderen" abzugrenzen und damit werden Grundlagen für nationalistische Diskurse geliefert. Dennoch wird die Grenzziehung aufgrund von technologischen Überwachungsmöglichkeiten immer diffuser. Die Form der Grenzpolitik bestimmt auch die Form der Grenzüberschreitungen mit. Eine rigide Grenzpolitik, bestimmt durch Überwachung und Kontrolle, führt oft dazu, dass transnationale Netzwerke in die Kriminalität getrieben werden. Transnationale Identitäten lassen sich von Grenzen nicht aufhalten. Ganz im Gegenteil vermitteln diese die Idee von einer grenzenlosen Identität, jenseits von sprachlichen und ethnischen Unterschieden. Gleichzeitig kann auch das Fehlen von Grenzen eine Konfliktursache darstellen. Es mangelt z.B. angesichts unklarer Seegrenzen oft an Schutzmechanismen und Regulatoren, die bindend und durchsetzbar sind.

Einleitung

Viele WissenschaftlerInnen gingen davon aus, dass das Ende des Kalten Krieges auch eine neue grenzenlose Welt einleiten würde. Vor allem der europäische Integrationsprozess und die Aufhebung der Grenzkontrollen im Schengenraum schienen diese Erwartungen zu bestätigen. Allerdings zeigte sich, dass die Aufhebung von Grenzkontrollen innerhalb der EU mit einer massiven Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen einherging bzw. machten die Reaktionen auf die Flüchtlingskrise klar, wie schnell nationale Grenzziehungen auch in Europa wieder physisch spürbar werden können. In Folge der sogenannten "Flüchtlingskrise" im Sommer 2015 und deren Konsequenzen sind Debatten um eine bessere Abgrenzung nach außen, Grenzzäune und Mauern aktueller denn je. Die

TeilnehmerInnen der Diskussionsrunde diskutierten aus verschiedenen Perspektiven über die Auswirkungen der "Rückkehr" der Grenze als eine politische Realität. Die Veranstaltung in der Reihe "Brennpunkte der internationalen Politik" diente auch zur Präsentation des Jahrbuches des oiip "Border Politics: Defining Spaces of Governance and Forms of Transgressions", erschienen bei Springer im Jänner 2017.



Was ist die Bedeutung von Grenzen?

Grenzen sind Teil unseres Verständnisses von Souveränität und Rechtsansprüchen. Die Souveränität eines Staates ist auf ein bestimmtes und begrenztes Territorium beschränkt. Somit stellen international anerkannte Grenzen auch eine Basis für das internationale Recht und damit die internationale Ordnung dar. Wo Grenzen fehlen, fehlt Einigkeit darüber, wer Anspruch auf ein Stück Land, die Ressourcen und den Handel hat. Grenzen definieren damit wirtschaftliche und politische Handlungsräume und Identitäten, indem sie bestimmen, wer zu einem bestimmten Staatsvolk gehört und wer nicht.

Clemens Binder zeigte die sicherheitspolitischen Problematiken, die auftreten, wenn Grenzen unklar definiert sind, am Beispiel der Seegrenzen auf. Auf hoher See existieren keine territorialen Grenzen, die Demarkation basiert auf den Vorgaben der UN-Seerechtskonvention. Diese definiert zwar Ansprüche auf die ökonomische Nutzung bestimmter Regionen durch Staaten, es mangelt jedoch an

Schutzmechanismen für diese Regionen. Aus diesem Grund überlappen oft Ansprüche, was zu Konflikten führen kann. Besonders sichtbar werden diese Konflikte laut Binder im Südchinesischen

Meer, welches aufgrund seines Rohstoffreichtums eine strategisch wichtige Rolle einnimmt. In diesem Fall versucht China, basierend auf historischen Ansprüchen entlang der so genannten Neun-Punkte-Linie, mehr Territorium zu beanspruchen, als das laut Seerechtskonvention möglich wäre, was jedoch zu Konflikten mit anderen Anrainerstaaten wie Vietnam oder den Philippinen führt. Während das internationale Schiedsgericht die chinesischen Ansprüche



zurückwies, ignorierte Peking diesen Spruch weitgehend und errichtete auf Inseln im Südchinesischen Meer neue Militärbasen. Grundsätzlich, so Binder, erzeugt die unklare Definition von Grenzen ein Sicherheitsdilemma und kann so Konflikte herbeiführen oder verstärken.

Grenzen definieren die Form der Überschreitungen

In ihrem Beitrag setzte sich Gabriella Sanchez mit der Frage des "Human Smuggling" auseinander, das sie dem "Human Trafficking" entgegenstellt – diese zwei Begriffe, zu Deutsch Menschenschmuggel und Menschenhandel, werden oft synonym verwendet, bezeichnen allerdings zwei verschiedene Sachverhalte. Aber was gilt als Menschenschmuggel und was als Menschenhandel? Sanchez kritisiert dabei die undifferenzierte Diskussion darüber. "Es ist einfach sexy, sich Zigarren rauchende Mafiabosse, die den weltweiten Menschenhandel lenken, vorzustellen.



Vielmehr ist es aber laut Sanchez' Untersuchungen anhand mehrerer Beispiele so, dass Menschenschmuggel vor allem auf einem Netzwerk von Vertrauen und persönlichen Beziehungen aufbaut. Dem entgegengestellt beinhaltet Menschenhandel eine Komponente von Zwang und Ausbeutung. In den sogenannten US-amerikanischen "Border Lands" ist Menschenschmuggel Gang und Gäbe, wobei Menschenhandel eine geringere Rolle spielt. Die

Schmuggler gehören meist selbst marginalisierten Personengruppen, z.B. Frauen und Jugendliche, an. Nicht selten sind es selbst MigrantInnen, die auf der anderen Seite der Grenze hängen geblieben

sind. Ein wichtiges Kriterium jenseits des Preises sei Vertrauen in den Schmuggler. Mundpropaganda bzw. freundschaftliche oder familiäre Netzwerke spielen eine wichtige Rolle.

Die Kriminalisierung des Schmuggelns über die Grenze wirkt sich negativ auf die Sicherheit der Menschen aus und begünstigt eher den Einstieg krimineller Netzwerke und die Ausbeutung von MigrantInnen. Je mehr die legalen Wege der Grenzüberschreitung eingeschränkt werden, desto mehr werden Grenzüberschreitungen in den Untergrund bzw. in die Illegalität gedrängt. Dadurch nimmt die Migration nicht ab, sondern es verändern sich vielmehr die Wege, die Preise und die Netzwerke, die dabei behilflich sind.

Die Technologiesierung der Grenzüberwachung führt insgesamt dazu, dass Grenzen nicht mehr nur an der tatsächlich physischen Grenze bestehen, sondern inzwischen weitgehend vielschichtiger, komplexer und diffuser geworden sind. Inzwischen ist es so, dass sich jeder Computer über den ein Visaantrag gestellt wird, in eine unsichtbare Grenze verwandelt, ebenso wie Flughäfen bereits vor dem Abflug in das Zielland eine erste Grenze darstellen.

Grenzen definieren nationale Identität

Der Marsch von bis zu einer Million Flüchtlingen über die Balkanroute zeigte zum einen die Durchlässigkeit der Grenzen auf, aber zum anderen führte es zu einem Aufwallen nationalistischer Politiken, die sich vor allem auf alte, zwischen den ex-jugoslawischen Staaten bestehende, Ressentiments, Mythen und Narrative bezogen.

"Viel Besseres", so Vedran Dzihic, "hätte Nationalisten nicht geschehen können, als dass der 'imaginäre Migrant' an die Tür klopft". Dzihic sieht am Westbalkan eine Instrumentalisierung der Flüchtlingsfrage, die zu einem externen Mittel wurde, um Machtpolitik zu betreiben und Nationalismen heraufzubeschwören. Viele Politiker nutzten das Phänomen der weiterziehenden Geflüchteten für ihren eigenen Wahlkampf, so wie in Kroatien, wo am Höhepunkt der



Flüchtlingskrise im Jahr 2015 der Wahlkampf voll entbrannt war. Wie der rhetorische Krieg zwischen Kroatien und Serbien im Jahr 2015 zeigt, war der Wiederaufbau und die Verstärkung von

Grenzkontrollen weniger Ausdruck von Sicherheitsbedenken, als vielmehr der Versuch, sich von den (konstruierten) "Anderen" abzugrenzen und Innenpolitik zu betreiben.

Die "Rückkehr" der Grenze kann durchaus als ein Zeichen der Krise der liberalen Ordnung betrachtet werden. Es ist ein Wandel von dem Paradigma der Offenheit hin zu den Prinzipien von Stabilität, Sicherheit und dem Primat der eigenen Nation. Das Heraufbeschwören von Ängsten gegen die Migranten und das Erstarken des Nationalismus in vielen Teilen Europas (vor allem auch in Ost- und Südosteuropa) zeigen deutlich, wie sehr die liberale Ordnung und die Vorstellung von grenzfreien Räumen ins Schwanken geraten sind. In diesem Sinne spiegelt die wachsende Bedeutung von Grenzen, Begrenzungen und Abgrenzungen auch den wachsenden Trend zur Stärkung der Nationalstaatlichkeit und zu einer neuen Form des wirtschaftlichen Isolationismus wider. In diesem Kontext erleben wir nicht nur die Beschränkung der Mobilität bestimmter Menschengruppen oder auch Politiker, die die Zuwanderung stoppen wollen, sondern sind Zeugen einer stärkeren Rückbesinnung auf die eigene Nation und Kultur sowie eines neuen Protektionismus im wirtschaftlichen Bereich, z.B. im Hinblick auf den eigenen Arbeitsmarkt.

Transnationale und subnationale Identitäten



Die globale Natur des Dschihadismus bezieht sich nicht nur auf territoriale Ansprüche, wie z.B. die des so genannten Islamischen Staates, sondern auch auf die Identität, die diese Bewegung propagiert. Jeder kann dazugehören, egal welche Hautfarbe oder Nationalität man hat. Damit ist also die Identität, die der IS auf den ersten Blick innehat, äußerst inklusiv. Betrachtet man aber die Regeln, die die islamische Lebensweise nach der Auslegung des IS beherrschen, erscheint diese Identität aber äußerst exklusiv. Dschihadismus ähnelt

dementsprechend anderen Subkulturen, die zwar eine internationale, über die nationale Grenze hinausgehende Identität propagieren, sich aber gleichzeitig kognitiv und räumlich innerhalb der Staatsgrenze isolieren. Daniela Pisoiu hielt fest, dass der subkulturelle Ansatz damit ein – für die Dschihadismusforschung – relativ neues und vielversprechendes analytisches Instrument darstellt, das einige theoretische Erklärungen liefert.